

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 6. MAI 2022

Beschlossene Resolution:

Krieg: Solidarität mit der Bevölkerung in der Ukraine und den Flüchtenden aus der Ukraine

Der SGB hält im Einklang mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund EGB, dem Internationalen Gewerkschaftsbund IGB sowie der Internationalen Arbeitsorganisation ILO fest, dass er Russlands völkerrechtswidrigen Einmarsch in die souveräne Ukraine verurteilt. Und er fordert Russland auf, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren. Der SGB fordert wie der EGB, der IGB sowie die ILO einen sofortigen Stopp der Aggressionen des russischen Militärs, den Stopp der offensichtlichen Kriegsverbrechen durch die russische Armee in der Ukraine sowie den Abzug russischer Truppen aus dem gesamten Territorium der Ukraine.

In Absprache mit dem EGB und dem IGB bringt der SGB seine Solidarität mit allen Einwohnerinnen und Einwohner, Arbeitnehmenden und Gewerkschaften der Ukraine zum Ausdruck. Das Streben nach Frieden und Demokratie ist ein Grundwert der Gewerkschaftsbewegung und eine wesentliche Voraussetzung für die Gewährleistung von Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und Arbeitnehmenden- und Menschenrechten. Die SGB unterstützt alle politischen und diplomatischen Initiativen sowie Sanktionen gegen Russland zur Friedenssicherung und fordert den Einsatz humanitärer Hilfe für die Einwohnerinnen und Einwohner in der Ukraine.

Der SGB verurteilt jegliche Diskriminierung, die insbesondere auf Hautfarbe, Herkunft oder Aufenthaltsstatus beruht. Rassismus und Diskriminierung verletzen die Menschenrechte sowie die Menschenwürde. Die Schweiz muss sich gegen das Racial Profiling an den Grenzen der Europäischen Union einsetzen, damit keine Person daran gehindert wird, in den europäischen Raum zu gelangen, um einen Schutzstatus zu beantragen bzw. zu erhalten.

Der SGB begrüsst die Aufnahme und Unterstützung geflüchteter Menschen aus der Ukraine durch die Schweiz und die Aktivierung des Schutzstatus S durch den Bundesrat, der damit die unkomplizierte Aufnahme von Schutzsuchenden und deren Erwerbsintegration und wirtschaftliche Selbstständigkeit ermöglicht. Für die Umsetzung müssen aber nun die nötigen Strukturen geschaffen und vor allem die ausreichende Finanzierung durch Bund und Kantone gewährleistet werden. Bund und Kantone müssen die Menschen auf der Flucht auch effektiv vor möglichem Missbrauch schützen, für eine menschenwürdige Unterkunft sorgen sowie niederschwellige Angebote für Spracherwerb, Bildungserwerb und die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen zur Verfügung stellen. Die Erfahrung mit dem Schutzstatus S sind in Zukunft auch auf eine allgemein grosszügigere Schweizer Flüchtlingspolitik anzuwenden und Probleme schnell anzugehen. Die Schweiz muss allen Menschen, die hier Schutz und Sicherheit suchen, Chancen- und Behandlungsgleichheit gewähren und soll dabei nicht unterscheiden zwischen Menschen, die in der Schweiz einfach und schnell aufgenommen werden, und Seite Menschen, die von Gesellschaft und Arbeitswelt ausgeschlossen werden.

Der SGB unterstützt die Resolution der ILO, welche den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs schärfste verurteilt, insbesondere die völkerrechtswidrigen gezielten Angriffe auf Arbeitnehmende, sei es in Fabriken, Lagerhäusern, in der Nahrungsmittelproduktion oder in Einkaufszentren. Diese russischen Angriffe haben offenbar zum Ziel, die Bevölkerung in der Ukraine auszuhungern und die zivile Wirtschaft zu vernichten.

Der SGB prangert und verurteilt im Einklang mit EGB und IGB die Repression in Russland gegen diejenigen, die sich dem Krieg in der Ukraine widersetzen, und unterstützt russische Gewerkschaften, Arbeitnehmende, AktivistInnen und PazifistInnen zu unterstützen, die sich gegen den Krieg einsetzen. In diesem Sinne verurteilt der SGB auch aufs schärfste die Äusserungen des russischen Gewerkschaftsbundes. „Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands“ FNPR, der sich zum Sprachrohr Putins hat degradieren lassen und der keine Gelegenheit auslässt, den Angriffskrieg Russlands und die Vernichtungen in der Ukraine zu rechtfertigen. Sowohl IGB wie auch EGB haben gegen den FNPR Sanktionen ergriffen und den FNPR zu Recht vom IGB und EGB suspendiert.

Der SGB spricht der Bevölkerung in der Ukraine und den Flüchtenden aus der Ukraine und insbesondere den Arbeitnehmenden und Gewerkschaften seine Solidarität aus und hält mit Nachdruck fest:

- Russland muss seinen Krieg gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung sofort stoppen.
- Die Schweizer Regierung soll sich unverzüglich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für Verhandlungen einsetzen, die einen Friedensprozess einleiten, unter Achtung der ukrainischen Demokratie, der Menschenrechte und der internationalen Konventionen sowie der territorialen Integrität der Ukraine.
- Der SGB fordert harte Sanktionen gegen das Putin-Regime und die russische Kriegswirtschaft sowie eine rasche Verringerung der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas in der Schweiz. Alle Schlupflöcher gegen die Sanktionen gegen Russland müssen konsequent geschlossen werden. Hierzu ist insbesondere das Geldwäschereigesetz auf seine Lücken zu analysieren. Nicht nur der Finanz- und Rohstoffsektor müssen hier genau geprüft und sanktioniert werden, sondern auch z. B. Erbringer juristischer Dienstleistungen für das Putin-Regime in der Schweiz.
- Die Schweiz muss ihre humanitären Einsätze in den Nachbarländern der Ukraine verstärken, insbesondere zum Schutz besonders vulnerabler Menschen auf der Flucht wie Frauen, Kinder, LGBTIQ+-Personen, BIPOC, Personen ohne Dokumente, ethnische Minderheiten, sowie mehrfach Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten, Asylsuchenden, abgewiesenen Asylsuchenden, Menschen mit Behinderungen, usw. Es braucht eine internationale Untersuchung zu möglichem Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen, die während der russischen Invasion in der Ukraine begangen wurden und werden. Die Schweiz soll als Depositar-Staat der Genfer Konventionen aktiv mitwirken.

- Es braucht finanzielle Unterstützung zur Sicherstellung humanitärer Hilfe für die im Land verbleibende Bewohnerinnen und Bewohner der Ukraine sowie spezieller Projekte von ukrainischen Gewerkschaften. Der SGB und seine Verbände beteiligen sich weiterhin über die Stiftungen Solifonds und Solidar sowie durch direkte Unterstützung finanzieller oder materieller Art. Auch weitere Solidaritätsaktionen mit ukrainischen Gewerkschaften sowie russischen und belarussischen Kolleginnen und Kollegen finden weiterhin statt.
- Der SGB ruft auf zur Unterstützung der dem EGB und IGB angeschlossenen ukrainischen Gewerkschaften.
- Der SGB fordert sofortige finanzielle, materielle und immaterielle Hilfe und die Ergreifung aller notwendigen Massnahmen, um allen Menschen zu helfen, die aus dem Land geflohen und in der Schweiz, den benachbarten EU-Mitgliedstaaten und anderen Ländern angekommen sind. Besonders vulnerable Flüchtlinge wie Frauen, Kinder, LGBTIQ+-Personen, BIPOC, Personen ohne Dokumente, ethnische Minderheiten, sowie mehrfach Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten usw. benötigen spezifischen Schutz, gerade auch auf dem Fluchtweg.
- Die Schweiz muss rasch die nötigen Strukturen zur Aufnahme und würdigen Unterbringung der geflüchteten Menschen schaffen und sie vor möglichem Missbrauch und Ausbeutung schützen. Bund und Kantone organisieren niederschwellige Möglichkeiten für den Spracherwerb, gewährleisten ausreichende Betreuungsangebote für geflüchtete Kinder, betagte und kranke Personen und sorgen für die ausreichende Finanzierung der Strukturen und Angebote.
- Der SGB verurteilt die Äusserungen der russischen Gewerkschaftsbundes FNPR zugunsten von Putins Aggressionskrieges gegen die Ukraine aufs Schärfste. Diese verstossen gegen die Werte und Prinzipien des SGB, des EGB und des IGB. Wir fordern den FNPR auf, seine Position sofort aufzugeben und sich dezidiert für Frieden und Demokratie in Russland und gegen den völkerrechtswidrigen russischen Krieg gegen die Ukraine und für die ukrainische territoriale Souveränität und Unversehrtheit auszusprechen sowie Solidarität mit der Bevölkerung in der Ukraine und den Flüchtenden aus der Ukraine, zu zeigen. Wenn dies nicht geschieht, muss der FNPR aus der demokratisch-rechtsstaatlichen Familie der internationalen Gewerkschaften des IGB ausgeschlossen werden.